

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Zurück ins Leben. Zunahme persönlicher Kontakte beflügelt wirtschaftliche Aktivität

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2021) : Konjunktur aktuell: Zurück ins Leben. Zunahme persönlicher Kontakte beflügelt wirtschaftliche Aktivität, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 2, pp. 32-61

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/235658>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

2/2021

15. Juni 2021, 9. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 32**



Zurück ins Leben – Zunahme persönlicher Kontakte beflügelt wirtschaftliche Aktivität

Im Sommer 2021 expandiert die weltwirtschaftliche Produktion kräftig, hauptsächlich dank rasch voranschreitender Impfkampagnen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens. Geld- und Finanzpolitik bleiben dort expansiv, und die konjunkturelle Dynamik wird auch in den kommenden Quartalen hoch sein. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Pandemie hingegen das ganze Jahr 2021 über noch auf der Wirtschaft lasten. In Deutschland sind die konjunkturellen Aussichten günstig, weil die Corona-Restriktionen nach und nach aufgehoben werden. Das BIP wird 2021 um 3,9% und 2022 um 4,0% zunehmen. Die Produktion in Ostdeutschland dürfte in beiden Jahren um jeweils 3% zulegen.

Konjunktur aktuell: Zurück ins Leben – Zunahme persönlicher Kontakte beflügelt wirtschaftliche Aktivität

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Sommer 2021 expandiert die weltwirtschaftliche Produktion kräftig. Hauptgrund ist der Rückzug der Pandemie aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens, wo die Impfkampagnen rasch voranschreiten. Allerdings ist die Weltindustrieproduktion zuletzt nicht mehr weiter gestiegen. Die Ursachen liegen an vielerlei Engpässen bei der Produktion und an fehlenden Transportkapazitäten. Höhere Preise, zumal für Rohstoffe, haben die Inflationsraten zuletzt deutlich steigen lassen. Die Geldpolitik bleibt aber, ebenso wie die Finanzpolitik, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften expansiv. Während die konjunkturelle Dynamik dort auch in den kommenden Quartalen hoch sein wird, ist das Bild anderswo differenzierter: In China ist der Aufholprozess schon abgeschlossen, Rohstoffexportländer profitieren von den höheren Preisen, aber in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Pandemie das ganze Jahr 2021 über noch auf der Wirtschaft lasten.

In Deutschland sind die konjunkturellen Aussichten günstig, denn es darf damit gerechnet werden, dass die Restriktionen, die die Aktivität in vielen Dienstleistungsbranchen behindert haben, nach und nach aufgehoben werden. Dabei haben sie noch bis in den April die wirtschaftliche Aktivität stark gedämpft. Eine neuerliche Ausweitung der Kurzarbeit verhinderte einen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit. Auch deshalb liegen die real verfügbaren Einkommen, anders als der private Konsum, kaum unter Vorkrisenniveau. Mit dem Rückgang der Corona-Restriktionen ist für den Sommer mit einem kräftigen Schub bei den privaten Käufen zu rechnen. Davon werden insbesondere der Einzelhandel, das Gastgewerbe und andere Anbieter von Freizeitaktivitäten profitieren. Von der Auslandsnachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes kommen ebenfalls kräftige Impulse. Ende 2022 dürften die Kapazitäten wieder normal ausgelastet sein. Ein Risiko für die Konjunktur in Deutschland ist die Möglichkeit, dass sich das Leben zu einem Zeitpunkt normalisiert, an dem die Herdenimmunität noch nicht erreicht ist und die Pandemie in der Folge im Sommer noch einmal aufflammt.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2019 bis 2022

	2019	2020	2021	2022
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	0,6	-4,8	3,9	4,0
darunter: Ostdeutschland ¹	1,2	-3,8	3,0	3,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,6	-4,7	1,7	3,2
Tariflöhne je Stunde	3,1	2,2	1,5	2,0
Effektivlöhne je Stunde	3,1	3,6	0,3	1,4
Lohnstückkosten ²	3,2	4,2	-1,7	0,7
Verbraucherpreisindex	1,4	0,5	2,1	1,9
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 269	44 818	44 952	45 458
Arbeitslose ³	2 267	2 695	2 592	2 301
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,0	5,9	5,7	5,0
darunter: Ostdeutschland ¹	6,4	7,3	7,1	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,5	-5,1	-1,4
Leistungsbilanzsaldo	7,5	7,0	6,1	5,9

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2021: Prognose des IWH (Stand: 15.06.2021).

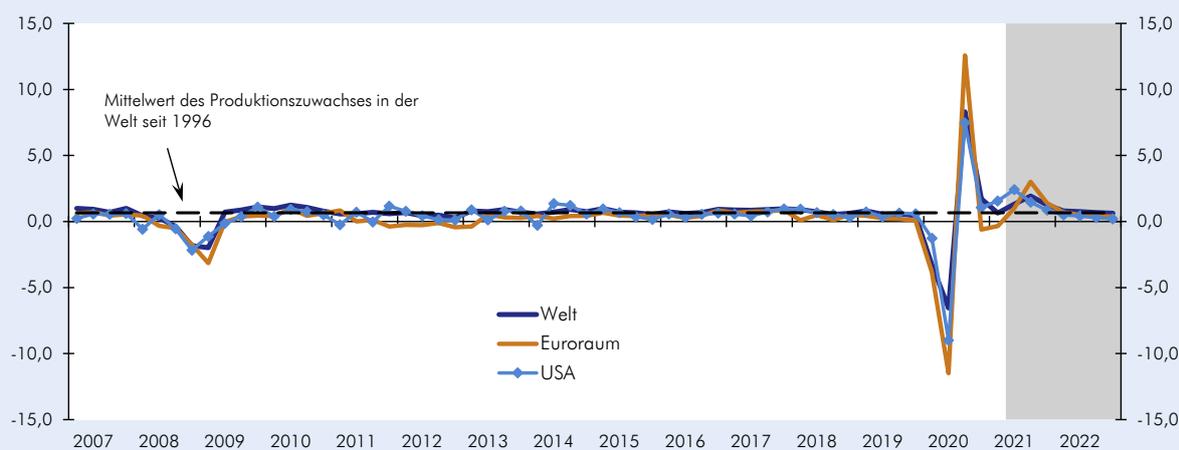
* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Internationale Konjunktur: Rasche Erholung dort, wo die Pandemie weicht

Im Sommer 2021 expandiert die weltwirtschaftliche Produktion kräftig. Der Hauptgrund dafür ist der Rückzug der **Pandemie** aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens. In den USA und in Großbritannien war aufgrund des raschen Fortschritts der Impfkampagnen die Anzahl der Neuinfektionen und Todesfälle an Covid-19 erkrankter Personen schon seit Januar stark rückläufig. In beiden Ländern ist im Frühsommer schon über die Hälfte der Bevölkerung mindestens einmal geimpft, und das Wirtschaftsleben ist dabei, sich zu normalisieren. In der Europäischen Union (EU) liegt die Impfkampagne mit einer Impfquote von etwa 40% Anfang Juni ein bis zwei Monate hinter den USA und Großbritannien zurück, aber seit Anfang April sinken auch hier die Infektionszahlen rasch. In den meisten anderen Weltregionen ist allerdings der allergrößte Teil der Bevölkerung im Sommer noch ungeschützt. Im Frühjahr sind die Infektionszahlen vielerorts, wohl auch aufgrund neuer Mutanten, sogar wieder gestiegen, auch mit schweren wirtschaftlichen Folgen, etwa in Japan, auch wenn der dortige Infektionsschub verglichen mit den vergangenen Wellen in Europa nur moderat ist. Erheblich stärker sind die Infektionswellen in Südostasien (Malaysia, Thailand) und vor allem in Indien. Brasilien muss schon seit dem Winter hohe Inzidenzen durchstehen. In China ist die Pandemie dagegen weiter unter Kontrolle. Trotzdem hat sich im ersten Quartal das zuvor recht hohe Expansionstempo abgeschwächt, denn die Aufholphase nach dem wirtschaftlichen Einbruch ist dort vorüber. Weil zudem die Produktion in der EU und in Großbritannien pandemiebedingt zurückging, expandierte die **Weltwirtschaft im ersten Quartal 2021** trotz guter Konjunktur in den USA mit 0,6% nur recht schwach (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; ab 2. Quartal 2021: Schätzung und Prognose des IWH.

Während die Produktion in vielen Dienstleistungsbranchen nach wie vor am Auf und Ab des Pandemiegeschehens hängt, hat die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes der Industrie einen besonderen Schub gegeben: Schon seit Ende des Jahres 2020 liegt die **Weltindustrieproduktion** über ihrem Niveau von vor der Krise, in den Monaten Februar und März ist sie allerdings nicht mehr weiter gestiegen. Die Ursachen liegen wohl nicht an nachlassender Nachfrage, sondern an Engpässen bei der Produktion: Halbleiter sind schon seit Herbst 2020 knapp, und mittlerweile kommt es bei einer ganzen Palette von Vorleistungsgütern, von Holz bis zu Kunststoffen, neben **kräftigen Preiserhöhungen** auch zu **Angebots-Restriktionen**. Ebenfalls schon seit vergangenem Herbst mangelt es an Frachtkapazität für die Verschiffung von ostasiatischen Waren nach Übersee. Für die Route nach Nordeuropa lag der Preis eines Standardcontainers Anfang Juni mehr als fünfmal so hoch wie Anfang 2020. Auch Rohstoffe sind bis zuletzt erheblich teurer geworden. Das gilt insbesondere für Industriemetalle: Kupfer notierte Anfang Juni mehr als 50% höher als vor Ausbruch der Pandemie Anfang 2020. Der Ölpreis hat sein damaliges Niveau von etwa 70 US-Dollar (Brent) Anfang Juni wieder erreicht. Der erhebliche Kostenanstieg im Verarbeitenden Gewerbe hat sich in erhöhten Inflationsraten für Industriegüter niedergeschlagen, und auch die Verbraucherpreisinflation hat vielerorts zuletzt deutlich angezogen, in den USA etwa im Mai auf 5% und im Euroraum auf 2%. Der Anstieg der Raten geht allerdings zu

einem Gutteil darauf zurück, dass vor 12 Monaten die Energiepreise pandemiebedingt außerordentlich niedrig waren. Ohne diesen Effekt lägen die Verbraucherpreise im Euroraum nur um knapp 1%, in den USA um etwa 3,5% höher als vor einem Jahr. Die Inflationserwartungen sind schon seit einiger Zeit im Steigen begriffen, allerdings nicht dramatisch. So haben seit Jahresbeginn die Renditen von US-Staatstiteln mit zehnjähriger Laufzeit um etwa 0,6 Prozentpunkte auf im langjährigen Vergleich immer noch niedrige 1,6% zugelegt.

Die Notenbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind denn auch bislang nicht von ihrer expansiven **geldpolitischen Ausrichtung** mit Leitzinsen nahe 0% abgerückt. Das gilt auch für die USA, wo die Notenbank gemäß ihrer im vergangenen Jahr modifizierten Strategie für einige Zeit Inflationsraten anstrebt, die über dem langfristigen Inflationsziel von 2% liegen. Allerdings dürfte sie ihre Anleihekäufe im Zuge der weiteren konjunkturellen Erholung reduzieren. Ähnlich sieht es für den Euroraum aus: Leitzinsänderungen sind für dieses und nächstes Jahr nicht zu erwarten, allerdings dürfte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Anleihekäufe verringern, indem sie das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) auslaufen lässt (vgl. Kasten 1).

Die **Finanzpolitik** ist mit ihrer Fülle von konjunkturstützenden Maßnahmen für die wirtschaftliche Bewältigung der Pandemie wohl noch wichtiger als die Geldpolitik. So haben die fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Krise auch deshalb bisher recht glimpflich überstanden, weil die erheblichen Teile der Bevölkerung, deren Erwerbstätigkeit über längere Zeit beeinträchtigt war, vielerorts staatlich alimentiert wurden, sei es über Kurzarbeitergeld im Rahmen bestehender Arbeitsverhältnisse in Ländern der Europäischen Union, sei es im Rahmen einer zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung und von Einmalzahlungen wie in den USA. Diese Programme werden im Laufe dieses Jahres zu einem guten Teil weitergeführt, es ist aber zu erwarten, dass sie im Zug der wirtschaftlichen Normalisierung immer weniger in Anspruch genommen werden müssen.

Der Akzent der Finanzpolitik verlagert sich in diesem und im nächsten Jahr von der Stützung privater Einkommen hin zu Investitionsprogrammen. In den USA beträgt der finanzpolitische Impuls im Jahr 2021 nach Schätzungen der OECD (gemessen an der Veränderung des strukturellen Primärdefizits) vor allem aufgrund des noch im Dezember 2020 verabschiedeten *Response and Relief Act* und des *American Rescue Plan Act* vom März etwa 3½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der fiskalische Impuls im Euroraum dürfte im Jahr 2021 mit etwa 3% noch etwas größer ausfallen als im vergangenen Jahr. Die nationalen Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten erhalten ab dem Jahr 2021 aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU Zuschüsse, die nach Schätzungen der Kommission in den Jahren 2021 und 2022 zusammengenommen einen Umfang von etwa 1% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eines Jahres haben werden.¹

Die weiter kräftigen Impulse vonseiten der Wirtschaftspolitik und vor allem der Rückzug der Pandemie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens dürften die Weltproduktion im Jahr 2021 insbesondere den Sommer über kräftig steigen lassen. In den **USA** und in **Europa** werden vor allem Dienstleistungsbranchen wie das Gastgewerbe wieder in Gang kommen. Weil viele Arten des privaten Konsums in der Hochzeit der Pandemie unterbleiben mussten, haben sich auf den Konten der privaten Haushalte beträchtliche Geldbeträge angesammelt. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass der private Konsum nicht nur sein Niveau von vor der Krise wieder erreicht, sondern dass vielfach ein Teil der Pandemie-Ersparnisse zusätzlich verausgabt wird. Was die Produktion im zweiten Halbjahr 2021 begrenzen wird, ist wohl weniger die Nachfrage, als Beschränkungen des Angebots, die sich in vielen Branchen so schnell nicht auflösen werden. So ist weder im Frachtverkehr noch in der für das Verarbeitende Gewerbe so wichtigen Halbleiterproduktion zu erwarten, dass sich im laufenden Jahr die Kapazitäten wesentlich erweitern lassen.

¹ Zur Finanzierung dieser Zuschüsse wird sich die Europäische Union erstmals in größerem Umfang an den Kapitalmärkten verschulden. Im jüngsten Konjunkturbericht der EU-Kommission vom Mai 2021 werden diese Defizite angesprochen, sie finden aber keinen Eingang in den Tabellen, welche die Prognosen für die Entwicklung der öffentlichen Defizite im EU-Aggregat und in den einzelnen Mitgliedsstaaten enthalten. Vgl. dazu auch *Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Mai 2021, 77–79*.

Kasten 1**Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen**

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde:

Durch die Impfkampagne wird die Pandemie in Deutschland im Lauf des Sommers 2021 so weit eingedämmt, dass sie im Herbst in Deutschland keinen spürbar dämpfenden Einfluss auf die Konjunktur hat.

Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 2021 bei 69 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2022 bei durchschnittlich 72 US-Dollar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2022 bei 1,22 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum etwa 2% geringer als im Jahr 2020. Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 10,5% sehr kräftig zu, im kommenden Jahr steigt er um 3,2%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei –0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe dafür, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2021 nochmals expansiv ausgerichtet. Mit der Verlängerung des Lockdowns bis weit in das laufende Jahr hinein werden auch die direkten Zuschüsse an von den Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung besonders betroffene Unternehmen – etwa die Überbrückungshilfen, die Neustarthilfen für Soloselbstständige oder Anschubhilfen für Unternehmen der Veranstaltungsbranche – weiterhin gewährt. Im Bereich der monetären Sozialleistungen schlagen, neben der deutlichen Anhebung des Kindergeldes, ebenfalls Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu Buche. So gelten die verlängerte Bezugsdauer von Kurzarbeiter- und Kinderkrankengeld weiter und es wurden darüber hinaus erneut Einmalzahlungen, etwa ein weiterer Kinderbonus oder ein Corona-Zuschlag für Bezieher von Grundsicherung, geleistet. Zudem gehen die Impfkampagne, die Beschaffung von Schutzprodukten und finanzielle Hilfen für die Krankenhäuser mit staatlichen Mehrausgaben einher. Schließlich sorgt die Stabilisierung der EEG-Umlage, die neuerliche Verschiebung des Einkommensteuertarifs, insbesondere aber die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags für Entlastungen bei Haushalten und Unternehmen. Dämpfend wirkt im Jahr 2021 hingegen die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Da zudem einzelne Maßnahmen zur Abmilderung der gesamtwirtschaftlichen Folgen des Lockdowns auslaufen, in erster Linie die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze, fällt der finanzpolitische Impuls im Jahr 2021 zwar geringer aus als im Vorjahr, beläuft sich aber dennoch auf –1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im Jahr 2022 normalisiert sich die Finanzpolitik, was im Vorjahresvergleich einen restriktiven Kurs impliziert. Diese Einschätzung beruht auf der Annahme, dass sämtliche Corona-bedingten Einschränkungen bis Ende des laufenden Jahres aufgehoben und demzufolge die staatlichen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte zurückgenommen werden. Zudem entfallen annahmegemäß die Corona-bedingten staatlichen Käufe medizinischer Produkte und Zuwendungen an medizinische Einrichtungen. Die Corona-unabhängigen diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen wirken im Jahr 2022 insgesamt in etwa konjunkturneutral. Zwar liefern das Zweite Familienentlastungsgesetz sowie das Anlaufen der investiven Maßnahmen aus dem Klimapaket Impulse. Dem steht jedoch der in dieser Prognose unterstellte deutliche Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber. Alles in allem beläuft sich der aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen resultierende restriktive Effekt im Jahr 2022 auf 3,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Während also die konjunkturelle Dynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens im Jahr 2021 generell hoch ausfallen dürfte, ist das Bild in **anderen Weltregionen** differenzierter. Nicht ganz so kräftig wie im Westen expandiert die Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Ostasiens, weil die Erholung schon im vergangenen Jahr gut vorangekommen ist und weil die Impfkampagnen mehr Zeit brauchen. In China legt die Produktion wohl in etwa so stark wie im Schnitt der Jahre vor Pandemieausbruch zu. Rohstoffexportierende Schwellenländer profitieren von der sehr günstigen Preisentwicklung für ihre Ausfuhr-güter. Das gilt für Russland und an sich auch für Brasilien. Dort aber wie auch in Indien und anderen Schwellen-

und Entwicklungsländern lastet die Pandemie weiter auf der Wirtschaft, auch wenn dort staatliche Restriktionen und individuelle Verhaltensanpassungen weniger drastisch ausgefallen sind als etwa in der EU. Diese Regionen werden wohl nicht vor dem kommenden Winter in die Normalität zurückkehren können.

Alles in allem steigt die **Weltproduktion** nach vorliegender Prognose im Jahr 2021 um 6,3%, nach einem Rückgang von 3,6% im Jahr 2020. Für das Jahr 2022 wird ein Zuwachs von 4,1% veranschlagt (vgl. Tabelle A1). Die hohe Zuwachsrate für den Welthandel mit Waren von 10,5% im Jahr 2021 ist vor allem auf dessen hohe Dynamik im vergangenen Winterhalbjahr zurückzuführen.

Nach wie vor ist die Unsicherheit über den weiteren Fortgang der **Pandemie** das größte **weltwirtschaftliche Risiko**. So sind Anfang Juni die Inzidenzzahlen in Großbritannien wieder etwas gestiegen. Solange die Pandemie in den meisten Weltregionen noch kaum eingedämmt ist, ist zudem das Risiko weiter hoch, dass neue Mutationen des Virus entstehen, gegen die gegenwärtig verfügbare Vakzine nur verminderten Schutz bieten. Dabei ist eine offene Frage, wie schnell große Teile der Bevölkerung in Schwellen- und insbesondere in Entwicklungsländern geimpft werden können. Bleibt die Wirtschaft vieler dieser Länder pandemiebedingt schwach, kann es weltwirtschaftlich zu Ungleichgewichten kommen, und zwar dann, wenn die starke Nachfragedynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Inflation dort so sehr erhöht, dass die Zentralbanken zu einer Straffung ihres geldpolitischen Kurses gezwungen werden. In einem solchen Fall drohte ein Abzug von Kapital aus den Schwellen- und Entwicklungsländern, welcher die Finanzierungsbedingungen und damit eine Rahmenbedingung für die Konjunktur in diesen Ländern deutlich verschlechtern könnte.

Dass die Inflationsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften des Westens deutlich stärker als hier prognostiziert anziehen, ist auch für sich genommen ein Risiko. Neben den Gründen für aktuell höhere Preisdynamik, nämlich den Engpässen bei der Lieferung von Vorleistungsgütern des Verarbeitenden Gewerbes, kommt hinzu, dass sich der durch Geschäftsschließungen und Reiserestriktionen entstandene Kaufkraftstau bei den privaten Haushalten schneller lösen könnte als erwartet und der Nachfrageschub die Preise weiter nach oben treibt. In den USA ist auch die Wirtschaftspolitik besonders expansiv ausgerichtet. Mit einer fortgesetzten Inflationsdynamik wäre zu rechnen, wenn den Preisen starke Lohnanstiege folgten. Zwar hat sich die Beschäftigung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bislang nur zögerlich erholt. Allerdings ist verbreitet, besonders in den USA, auch die Partizipationsquote in der Pandemie deutlich gesunken, und die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze ist vielfach hoch. Ein weiteres Risiko für die Stabilität der Verbraucherpreise ergibt sich aus dem starken Anstieg der Vermögenspreise, der zu einem Gutteil auf die negativen Realzinsen zurückzuführen ist: Die Aktienkurse liegen (gemessen am S&P 500) Anfang Juni um 28% höher als vor Ausbruch der Krise im Januar 2020, die Häuserpreise (gemäß dem Case-Shiller-Index) um 15%. Es ist zu vermuten, dass höhere Vermögen auf Dauer auch die Nachfrage nach Verbrauchsgütern und damit auch deren Preise steigen lassen werden.

Deutsche Konjunktur: Dienstleistungen öffnen, Verarbeitendes Gewerbe stockt wegen Lieferengpässen

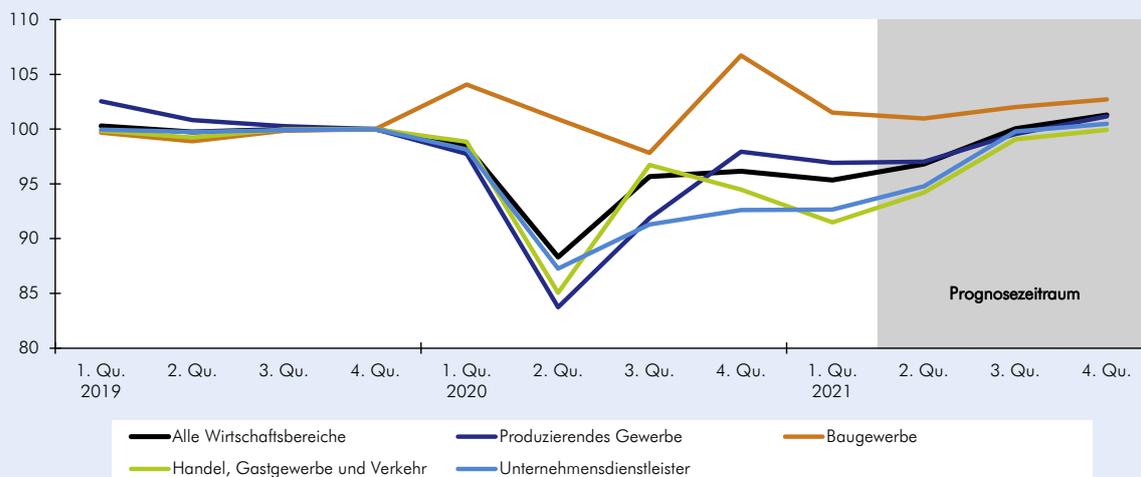
Im Sommer 2021 sind die konjunkturellen Aussichten in Deutschland günstig, denn die **Pandemie ist auf dem Rückzug** und es darf damit gerechnet werden, die Restriktionen, die die Aktivität in vielen Dienstleistungsbranchen behindert haben, nach und nach aufgehoben werden. Damit kommt wirtschaftliche Aktivität dadurch wieder mehr in Schwung, dass persönliche Kontakte zunehmen.

Die Impfkampagne macht gute Fortschritte, und die Anzahl der Neuinfektionen geht seit Mai immer weiter zurück. Anfang Juni liegt sie summiert über sieben Tage je 100 000 Einwohner nur noch in jedem zehnten Landkreis über 35, der aktuell niedrigsten Schwelle für Restriktionen in vielen Bundesländern. Bei der Verabschiedung der Bundes-Notbremse am 21. April, mit der besondere Restriktionen des öffentlichen Lebens einhergingen, lagen hingegen noch knapp 90% der Landkreise über dem für ihre Gültigkeit relevanten Inzidenzwert von 100. Pandemie und Restriktionsmaßnahmen hatten schon zuvor die wirtschaftliche Aktivität stark gedämpft: Im **ersten Quartal 2021** ging die Produktion um 1,8% zurück, vor allem aufgrund des um 5,4% gesunkenen privaten Konsums, und auch im April waren die Einzelhandelsumsätze noch schwach. Die Investitionen haben zu Beginn des Jahres kaum mehr als stagniert, wohl auch, weil Baumaßnahmen ans Ende des Jahres 2020 vorgezogen worden waren, um dem Wiederanstieg der Mehrwertsteuersätze auszuweichen. Im Außenhandel setzte sich dagegen die Erholung aus der zweiten Jahreshälfte 2020 fort; die Warenimporte liegen mittlerweile schon über Niveau von vor der Krise, die der Warenexporte nur wenig darunter.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** ist trotz des kräftigen Produktionsrückgangs recht robust geblieben. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im ersten Quartal 2021 um 48 000 Personen bzw. 0,1% unter dem Stand des Vorquartals. Dabei ist diese Abnahme fast vollständig auf den Rückgang der Selbstständigen zurückzuführen (-46 000 Personen). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm sogar um 118 000 Personen bzw. 0,4% zu, während sich der Rückgang bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit 120 000 (-2,9%) fortsetzte. Stabilisierend wirkte erneut die Kurzarbeit: So waren laut Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit im März 2021 2,6 Millionen Personen in Kurzarbeit. Dies bedeutete einen Rückgang gegenüber dem Vormonat um ca. 660 000 Personen. Die Kurzarbeiterquote – dies ist der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – betrug damit 7,7%. Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen zufolge sank die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeiter bis April 2021 nochmals um 300 000 Personen. Besonders hoch war im April 2021 die Kurzarbeiterquote im Gastgewerbe (53,2%) und in der Sparte Handel/Instandhaltung und Reparatur von Kfz (9,5%). Der erneute Anstieg der Kurzarbeit seit November 2020 sowie der Arbeitsausfall infolge von Quarantäne sowie Schul- und Kitaschließungen trugen maßgeblich zum kräftigen Rückgang des Arbeitsvolumens bei. Dieses lag im ersten Quartal 2021 um 1,4% unter dem Stand des Vorquartals. Auch verhinderte die Ausweitung der Kurzarbeit einen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit. Diese lag im ersten Quartal um 68 000 Personen unter dem Stand des Vorquartals.

Wie schon im vergangenen Jahr haben Kurzarbeitergeld und andere finanzpolitische Stabilisatoren zu Beginn des Jahres trotz des Produktionsrückgangs einen Fall der verfügbaren Einkommen verhindert. Die privaten Haushalte hatten sogar Einkommen zur Verfügung, die um 0,7% höher lagen als im Vorquartal. Real sind die Einkommen zwar wegen der zuletzt stärker steigenden Verbraucherpreise etwas gesunken, sie lagen aber nur etwa ½% unter ihrem Vorkrisenniveau von Ende 2019. Der private Konsum ist dagegen um 11% niedriger. Mit dem Rückgang der Corona-Restriktionen ist für den Sommer mit einem **kräftigen Schub bei den privaten Käufen** zu rechnen: Zum einen dürfte von den verfügbaren Einkommen ein ähnlich großer Teil wie vor der Krise für Konsumausgaben verwendet werden, zum anderen dürfte in den kommenden Quartalen aber auch ein gewisser Teil der Finanzmittel, die zuletzt mehr oder minder unfreiwillig angespart wurden, verausgabt werden. Davon werden insbesondere der Einzelhandel, das Gastgewerbe und andere Anbieter von Freizeitaktivitäten profitieren. Auch deshalb dürfte die Produktion schon im dritten Quartal wieder den Vorkrisenstand erreichen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Index 4. Quartal 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Von der Auslandsnachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere aus den Partnerländern der EU und den USA, kommen ebenfalls kräftige Impulse. Allerdings setzen Lieferengpässe in einigen Branchen, etwa Knappheiten bei Mikrochips für die Automobilproduktion, der Expansion enge Grenzen.² Diese Probleme spiegeln sich in der gegenwärtig auffällig großen Diskrepanz zwischen Auftragseingängen und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wider (vgl. Abbildung 3). Zumindest die **Engpässe** beim Bezug von Halbleitern aus Ostasien dürften mindestens für den Rest des Jahres 2021 bestehen bleiben. Sie mindern nicht nur die Dynamik im Export, sondern auch bei den Investitionen. Die Bauwirtschaft hat gegen Engpässe der Versorgung mit Rohstoffen, etwa mit Bauholz zu kämpfen. Auch deshalb dürfte das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo abnehmen, nachdem die Dienstleistungsbranchen ihre Geschäftstätigkeit im Sommer wieder aufgenommen haben.

Abbildung 3
Auftragseingänge und Produktion in Deutschland
Index 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

² So beklagten fast 79% der für den IHS Markit/BME Einkaufsmanager-Index befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Mai längere Lieferzeiten. Vgl. IHS Markit / BME Germany Manufacturing PMI Press Release 1. June 2021.

Schon im zweiten Quartal 2021 wird sich infolge der Erholung der Produktion die **Beschäftigungslage** leicht verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um ca. 140 000 Personen bzw. 0,3% zunehmen, was maßgeblich auf die Zunahme bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen sein wird. Die Zahl der Kurzarbeiter wird wohl mit der schrittweisen Lockerung der Restriktionen weiter zurückgehen. Dies führt auch zu einer Zunahme der Arbeitszeit. Im weiteren Verlauf des Jahres 2021 und im kommenden Jahr wird einhergehend mit der Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität die Zahl der Kurzarbeiter kontinuierlich abnehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt im Durchschnitt des Jahres 2021 nur um etwa 0,3% über dem Vorjahresstand, im Jahr 2022 wird die Beschäftigung wohl um 1,1% steigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Verlauf des Jahres 2021 weiter abnehmen. Dazu dürfte auch die wohl wieder steigende Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beitragen. Diese war nach Ausbruch der Pandemie vor allem infolge der Kontaktbeschränkungen deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2021 dürfte die Arbeitslosenquote 5,7% und im Jahr darauf 5,0% betragen.

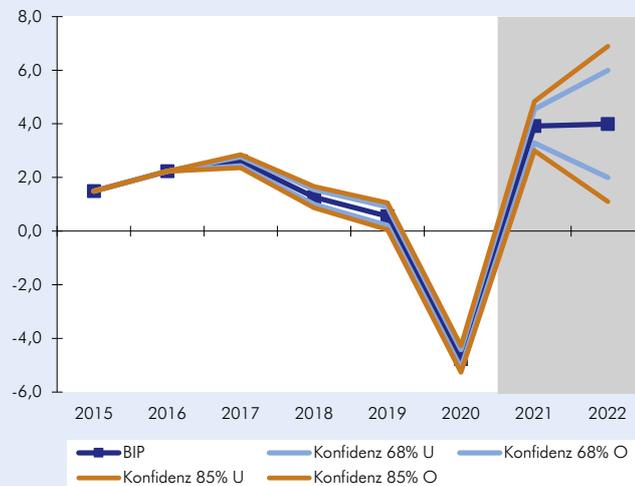
Die **Verbraucherpreise** haben zu Beginn des Jahres 2021 deutlich angezogen. Maßgeblich waren die Rücknahme der temporären Mehrwertsteuersenkung, die Einführung des bundesweiten Emissionshandels zur CO₂-Bepreisung im Bereich Verkehr und Wärme im Rahmen des Klimapakets und die Erhöhung des Mindestlohns. Vor allem stieg der Erdölpreis weiter an. Ab dem zweiten Quartal treiben Basiseffekte beim Erdölpreis die Inflationsraten deutlich nach oben. So lag die Teuerung für Konsumgüter im Mai 2021 bei 2,5%, und auch in den nächsten Monaten wird sie deutlich oberhalb der anvisierten Preisstabilität liegen. Insgesamt dürfte die Verbraucherinflation im Jahr 2021 bei 2,1% liegen. Im Jahr darauf ist sie wegen des Wegfalls der Basiseffekte beim Erdölpreis mit 1,9% etwas niedriger. In beiden Jahren wirkt die stufenweise Einführung der CO₂-Bepreisung für Gebäudeheizung und Transport trotz Absenkung der EEG-Umlage inflationserhöhend. Preistreibend wirken auch die Erhöhungen des Mindestlohns, der bis Juli 2022 auf 10,45 steigt.

Alles in allem dürfte das **Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021** um 3,9% steigen (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung) und **im Jahr 2022** um 4,0% (vgl. Tabelle A8). Damit wird die Prognose im Vergleich zur IWH-Frühjahrsprognose leicht angehoben, und zwar um 0,2 Prozentpunkte für das Jahr 2021 und um 0,4 Prozentpunkte für das Jahr 2022. Die Kapazitäten sind nach vorliegender Prognose zum Ende des Prognosezeitraums wieder normal ausgelastet, auch weil das Produktionspotenzial langsamer als vor der Krise wächst (vgl. Kasten 2). Für das Jahr 2021 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 3,3% bis 4,5% und für das Jahr 2022 von 2,0% bis 6,0% (vgl. Abbildung 4).³

Abbildung 4

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

³ Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Veränderungsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68%. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen.

Kasten 2**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum (2021 bis 2025) ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1% (vgl. Tabelle K2). Damit liegt das Niveau des Produktionspotenzials im Jahr 2024 um –1,1% niedriger als noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie geschätzt.^{K2} Den größten Revisionsbeitrag liefert das Arbeitsvolumen, unter anderem weil die Bevölkerungsprojektion aufgrund des gesunkenen Wanderungssaldos geringer ausfällt.

Tabelle K2**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹

	1996-2020 ²		1996-2020		2020-2025	
Produktionspotenzial	1,1		1,3		1,0	
Kapitalstock	1,6	(0,5)	1,6	(0,5)	1,3	(0,5)
Solow-Residuum	0,5	(0,5)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,1	(0,1)	0,3	(0,2)	-0,1	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		-0,1	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,4		-0,2	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		1,1	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Das potenzielle Arbeitsvolumen wird bis zum Jahr 2025 um jahresdurchschnittlich 0,1% schrumpfen. Die jährliche Veränderungsrate weist hierbei einen deutlich abwärts gerichteten Trend auf. Für den Rückgang des Arbeitsvolumens sind vor allem die Entwicklung der Bevölkerung und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen bestimmend. Der alterungsbedingte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) kann nicht mehr durch einen hohen Nettowanderungssaldo kompensiert werden. Ausschlaggebend hierfür ist das durch die Corona-Pandemie vorübergehend zum Erliegen gekommene Wanderungsgeschehen. Der Wanderungssaldo lag im Jahr 2020 mit 209 000 Personen um knapp 130 000 Personen niedriger als in der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (G2-L2-W2) angenommen. Auch für dieses und für die Folgejahre ist von einem im Vergleich zur Bevölkerungsvorausberechnung schwächeren Nettowanderungssaldo von durchschnittlich 240 000 Personen auszugehen (vgl. Abbildung K2.1). Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,3 Millionen Personen im Jahr 2020 auf 62,0 Millionen Personen im Jahr 2025 erwartet. Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,3 Millionen Personen im Jahr 2020 auf 62,0 Millionen Personen im Jahr 2025 erwartet. Die trendmäßige Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von –0,2% weiter rückläufig sein. Der trendmäßige Anstieg der Partizipationsquote setzt sich im Projektionszeitraum deutlich abgeschwächt fort, sodass die Quote im Jahr 2025 knapp 76% betragen wird. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2025 mit 3,6% geringfügig höher liegen als im Jahr 2020 (3,4%). Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,5 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität (TFP) wird im Projektionszeitraum 0,7% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials, davon ausgegangen, dass kein durch die Corona-Pandemie bedingter Bruch in der Trendfortschreibung eintritt.

^{K2} Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019, 69–108.

Abbildung K2.1

Jahresdurchschnittliche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre)

Vergleich zwischen Variante 2 der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (14. KBV – Variante 2) und der dieser Prognose zu Grunde gelegten Bevölkerungsprojektion (IWH) in tausend Personen



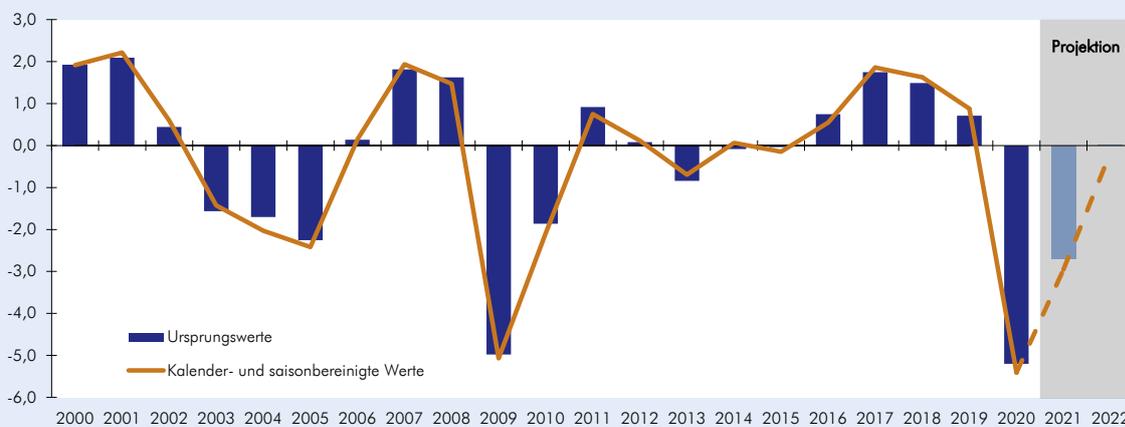
Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich damit für das laufende Jahr eine Produktionslücke von $-2,8\%$. Im Jahr 2022 wird die Lücke wieder vollständig geschlossen sein (vgl. Abbildung K2.2). Die Abwärtsrevision des Produktionspotenzials macht sich in der Berechnung der Produktionslücke deutlich bemerkbar. Bei Zugrundelegung des vor Ausbruch der Corona-Pandemie geschätzten Produktionspotenzials betrüge die Lücke im Jahr 2022 immer noch $-1,3\%$.

Abbildung K2.2

Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Das **Budgetdefizit des Staates** wird sich im Jahr 2021, nach einem Rekorddefizit in Höhe von knapp 150 Mrd. Euro im Vorjahr, nochmals erhöhen, auf 180 Mrd. Euro, denn die Ausgaben steigen deutlich stärker als die Einnahmen. Während auf der Einnahmeseite die Sozialbeiträge mit der wiederanziehenden Konjunktur und dem leichten Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung im laufenden Jahr wieder beschleunigt zulegen, fällt der Anstieg der Steuereinnahmen deutlich geringer aus. Zwar nehmen die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben, nicht zuletzt infolge des Auslaufens der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr 2020 und der zum 1. Januar 2021 eingeführten CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr, kräftig zu. Die Einkommen- und Vermögensteuern gehen jedoch infolge spürbarer steuerlicher Entlastungen, etwa durch das zweite Familienentlas-

tungsgesetz oder die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags, nochmals zurück. Die empfangenen Vermögenstransfers werden mit den finanziellen Zuwendungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union deutlich zunehmen.⁴ Dagegen gehen die empfangenen Vermögenseinkommen, auch weil die Bundesbank im laufenden Jahr keinen Gewinn an den Bund abgeführt hat, spürbar zurück. Alles in allem nehmen die öffentlichen Einnahmen im Jahr 2021 um 2,9% zu, nach einem Rückgang um -2,9% im Vorjahr. Im kommenden Jahr werden die gesamtstaatlichen Einnahmen dann kräftig expandieren. So wirken bei den Steuern einerseits die beschleunigt zunehmenden Bruttolöhne und -gehälter sowie die kräftig anziehenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Vorjahr zunehmend einnahmesteigernd, andererseits fallen die Mindereinnahmen infolge von Steuerrechtsänderungen dann geringer aus. Auch die Beitragseinnahmen dürften sich infolge eines spürbaren Anstiegs des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung deutlich erhöhen, sodass die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2022 um 7,0% zulegen.

Die Ausgaben des Staates nehmen im Jahr 2021 deutlich verlangsamt zu. So werden die Vorleistungskäufe des Staates, die im vergangenen Jahr aufgrund pandemiebedingter Ausgaben stark gestiegen sind, im laufenden Jahr nur noch geringfügig zulegen. Auch die monetären Sozialleistungen nehmen im Jahr 2022 deutlich verhaltener zu als im Jahr zuvor. Zwar wirkt die kräftige Rentenanpassung zum 1. Juli 2020 in der ersten Hälfte des laufenden Jahres noch nach, und die Zahl der Kurzarbeiter ist zu Beginn des Jahres wieder gestiegen. Mit der in dieser Prognose unterstellten Überwindung der Pandemie wird sich die Lage am Arbeitsmarkt im Jahresverlauf aber kontinuierlich entspannen, und die Renten werden zum 1. Juli dieses Jahres lediglich in Ostdeutschland leicht nach oben angepasst, sodass die monetären Sozialleistungen im zweiten Halbjahr kaum weiter zulegen werden. Die geleisteten Subventionen, die sich im vergangenen Jahr durch die im Zuge der Corona-Pandemie gewährten direkten Zuschüsse an die Unternehmen mehr als verdoppelt haben, nehmen im Jahr 2021 zwar nochmals zu, allerdings in recht geringem Maße. Der nochmalige Anstieg geht darauf zurück, dass auch in diesem Jahr noch Hilfen an die Unternehmen ausbezahlt werden und zur Stabilisierung der EEG-Umlage Subventionen an die Übertragungsnetzbetreiber geleistet werden. Alles in allem nehmen die gesamtstaatlichen Ausgaben im Jahr 2021 um 4,6% zu, nach 9,9% im Jahr zuvor. Im Jahr 2022 gehen die öffentlichen Ausgaben mit dem Entfall eines Großteils der pandemiebedingten Mehrausgaben sogar um -0,9% zurück.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich im Jahr 2021, ausgehend von einem Defizit in Höhe von 4,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020, auf -5,1%. Im kommenden Jahr liegt das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit bei -1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2021 auf -0,8% und im Jahr 2022 auf -1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.⁵ Der konjunkturbereinigte Finanzierungssaldo, in den die Corona bedingten Einmalmaßnahmen anders als im strukturellen Finanzierungssaldo enthalten sind, beläuft sich im Jahr 2021 auf -3,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der konjunkturbereinigte Primärsaldo verringert sich von -1,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 auf -3,2% im Jahr 2021. Im kommenden Jahr erhöht sich der konjunkturbereinigte Primärsaldo mit dem Wegfall der pandemiebedingten Maßnahmen auf -0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 1).⁶

⁴ Deutschland dürfte insgesamt ungefähr 25 Mrd. Euro an Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten, von denen gut 16 Mrd. Euro auf die Jahre 2021 und 2022 entfallen. Diesen stehen allerdings künftig höhere Abführungen an die EU gegenüber.

⁵ Sowohl die europäischen Fiskalregeln als auch die nationale Schuldenbremse bleiben auch im Jahr 2022 nochmals ausgesetzt.

⁶ Im Rahmen der EU-Haushaltsüberwachung findet bei der Berechnung des strukturellen Finanzierungssaldos, dessen Entwicklung Hinweise auf die mittel- bis langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen geben soll, eine Bereinigung um Einmaleffekte und temporäre Maßnahmen statt. Einmalige, zielbezogene Maßnahmen im Falle von Naturkatastrophen oder Notsituationen sollten bei der Kalkulation des strukturellen Finanzierungssaldos in der Regel außer Ansatz gelassen werden (vgl. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahrgutachten 2008/09: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken*, Wiesbaden 2008, 207; vgl. auch *Bundesbank: Monatsbericht Februar 2021*, 73). Mit Blick auf die Corona-Maßnahmen hat die EU-Kommission den Mitgliedstaaten allerdings empfohlen, diese aus dem strukturellen Finanzierungssaldo nicht herauszurechnen. In dieser Prognose wurden die kurzfristigen Corona-Maßnahmen aus dem strukturellen Finanzierungssaldo jedoch herausgerechnet. Im konjunkturbereinigten Primärsaldo, der die Ausrichtung der Finanzpolitik widerspiegeln soll, sind sie hingegen enthalten.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

In Mrd. Euro

	2019	2020	2021	2022
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	52,5	-149,2	-181,7	-53,2
– Konjunkturkomponente ¹	14,2	-88,5	-49,0	-2,6
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	38,2	-60,6	-132,8	-50,6
– Einmaleffekte ²	-0,2	-2,0	-2,4	0,0
– kurzfristige Corona-Maßnahmen ³	0,0	-77,4	-100,6	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	38,5	18,7	-29,8	-50,6
+ Zinsausgaben des Staates	27,5	22,2	20,5	19,0
+ Einmaleffekte ²	-0,2	-2,0	-2,4	0,0
+ kurzfristige Corona-Maßnahmen ³	0,0	-77,4	-100,6	0,0
= konjunkturbereinigter Primärsaldo	65,7	-38,4	-112,3	-31,7
Veränderung des konjunkturbereinigten Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-1,1	-104,1	-73,9	80,6
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,6	-0,8	-1,3
Konjunkturbereinigter Primärsaldo	1,9	-1,2	-3,2	-0,8
Veränderung des konjunkturbereinigten Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,0	-3,2	-2,2	2,4

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten. – ³ finanzpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die auf die Jahre 2020 und 2021 beschränkt sind.

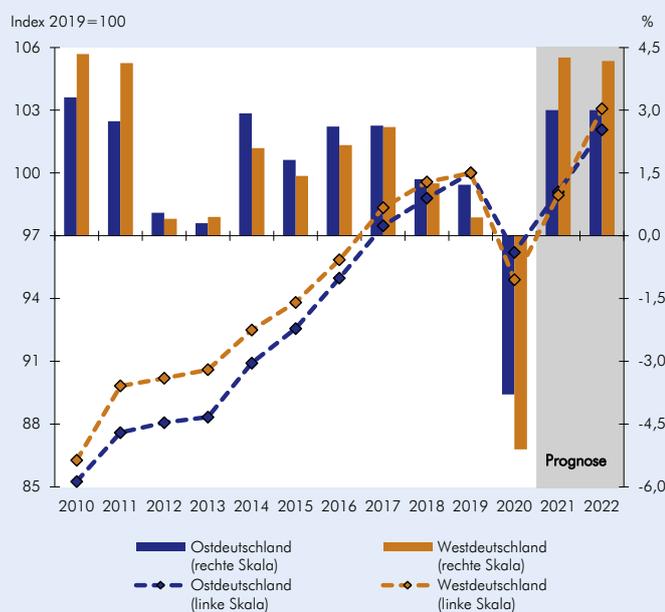
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Ein **Abwärtsrisiko** für die Konjunktur in Deutschland ist die Möglichkeit, dass sich das Leben zu einem Zeitpunkt normalisiert, an dem die Herdenimmunität noch nicht erreicht ist und die Pandemie in der Folge im Sommer noch einmal aufflammt. Dadurch könnte der Aufholprozess wieder verzögert werden. Zudem könnten Lieferengpässe das Verarbeitende Gewerbe noch stärker belasten, als in dieser Prognose unterstellt wird. Ein **Aufwärtsrisiko** stellt die Möglichkeit dar, dass ein größerer Teil der in der Krise angesparten Einkommen verausgabt wird. Höhere Produktionszuwächse und eine stärkere Preisdynamik wären die Folge.

In **Ostdeutschland** ist der Produktionsrückgang im Krisenjahr 2020 ähnlich wie in der Finanzkrise 2009 schwächer ausgefallen als in Deutschland insgesamt. Der Grund liegt in dem im Osten höheren Anteil der Wirtschaftszweige Bauwirtschaft, öffentliche Dienstleister, Erziehungs- und Gesundheitswesen, die allesamt von beiden Krisen relativ wenig erfasst wurden. Während im Jahr 2009 aber vor allem die schwerpunktmäßig in Westdeutschland liegenden Exportindustrien getroffen wurden, hat die Pandemie zusätzlich mit Handel, Verkehr und Gastgewerbe Wirtschaftszweige blockiert, die im Osten etwa so wichtig sind wie im Westen. Deshalb ist der Abstand zwischen dem Produktionseinbruch im Westen (-9,8%) und dem im Osten (-8,7%) auf dem Höhepunkt der Pandemiekrise im zweiten

Abbildung 5**Reales Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland**

Ursprungswerte; Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Quartal 2020 geringer gewesen als auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im ersten Quartal 2009 (–4,8% gegenüber –3,1%).⁷

Der zu erwartende Aufholprozess wird in Ostdeutschland in den Jahren 2021 und 2022 weniger ausgeprägt sein als in Gesamtdeutschland. Auf eine schwächere Dynamik in Ostdeutschland deutet auch hin, dass seit dem Frühjahr die Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel nicht so optimistisch wie im Westen sind. Es ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2020 und 2021 in Ostdeutschland um 3% und damit in beiden Jahren um etwa einen Prozentpunkt langsamer als in Deutschland insgesamt zulegen (vgl. Abbildung 5). Die ostdeutsche Arbeitslosenquote dürfte von 7,3% im Jahr 2020 auf 7,1% im Jahr 2021 und 6,4% im kommenden Jahr zurückgehen. Entsprechend weniger wird sich aber auch der zu erwartende Aufholprozess in den Jahren 2021 und 2022 niederschlagen.

⁷ Die vom IWH aus den offiziellen Jahresdaten sowie unterjährigen regionalen Indikatoren mithilfe der multivariaten Chow-Lin-Methode abgeleiteten vierteljährlichen Zeitreihen des Bruttoinlandsprodukts in Ost- und Westdeutschland finden sich unter https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/data/konjunkturdaten/iwh_gdp_quarterly_east_and_west_germany_since_1991.xlsx.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Europa	28,5	-6,0	4,9	4,2	1,2	2,6	2,2			
EU 27	20,2	-6,2	4,7	4,2	0,5	1,9	1,6	7,2	7,2	6,7
Großbritannien	3,7	-9,8	7,1	5,8	1,0	1,5	2,0	4,5	5,4	5,4
Schweiz	0,9	-3,0	3,3	2,7	-0,7	0,3	0,5	3,1	5,3	5,2
Norwegen	0,5	-0,8	3,5	3,0	1,3	2,9	1,8	4,6	4,8	4,3
Russland	2,2	-3,1	3,5	3,0	3,4	5,0	4,4			
Türkei	1,0	1,8	7,9	2,5	12,3	17,0	12,0			
Amerika	35,6	-4,1	6,3	3,0						
USA	27,7	-3,5	6,5	3,0	1,2	3,7	2,3	8,1	4,7	4,1
Kanada	2,2	-5,4	6,4	3,7	0,7	1,8	2,0	9,6	8,4	7,0
Lateinamerika ³	5,7	-6,5	5,4	2,8						
Asien	35,9	-1,1	7,4	4,9						
Japan	6,7	-4,8	2,8	2,4	0,0	0,1	0,5	2,8	3,0	2,9
China ohne Hongkong	18,5	2,3	9,0	5,7						
Südkorea	2,1	-1,0	4,3	3,2	0,5	1,8	1,5	3,9	4,0	3,7
Indien	3,7	-8,0	12,4	6,0						
Ostasien ohne China ⁴	4,9	-3,6	5,1	4,9						
Insgesamt ⁵	100,0	-3,6	6,3	4,1						
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	65,8	-4,7	5,5	3,6	0,8	2,0	1,8	6,6	5,8	5,1
Schwellenländer ⁷	34,2	-1,3	8,0	5,0						
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet ⁸	-	-4,8	5,2	4,1						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	-	-3,5	6,7	4,4						
Welthandel ¹⁰	-	-5,3	10,5	3,2						

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbsspersonen von 2019.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2019.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2020 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	-3,5	6,5	3,0
privater Konsum	-3,9	7,9	3,1
Staatskonsum und -investitionen	1,1	1,8	1,1
private Bruttoanlageinvestitionen	-1,8	9,2	3,3
inländische Verwendung	-3,3	7,5	2,9
Exporte	-12,9	6,0	6,8
Importe	-9,3	12,9	3,6
Außenbeitrag ¹	-0,1	-1,0	0,1
Verbraucherpreise	1,2	3,7	2,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ²	-15,8	-15,0	-6,9
Leistungsbilanzsaldo	-3,0	-3,4	-2,9
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote	8,1	4,7	4,1

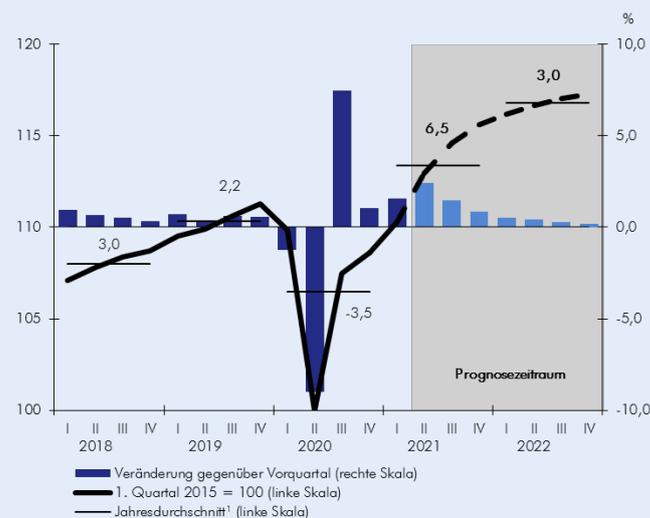
¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A3**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

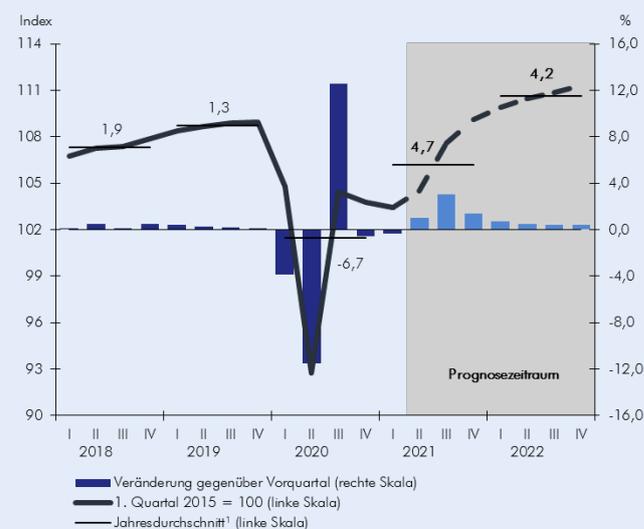
	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	-6,5	4,7	4,2
privater Konsum	-7,9	4,2	6,7
öffentlicher Konsum	1,4	2,9	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-8,2	6,9	5,2
inländische Verwendung	-6,3	4,5	4,9
Exporte ¹	-9,3	9,9	6,0
Importe ¹	-9,0	9,9	7,6
Außenbeitrag ²	-0,5	0,4	-0,5
Verbraucherpreise ³	0,3	1,7	1,5
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Budgetsaldo ⁴	-7,2	-8,0	-3,9
Leistungsbilanzsaldo	2,1	2,2	1,7
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ⁵	8,0	8,1	7,6

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich; enthält die prognostizierte Kreditaufnahme der EU im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität für 2021 und 2022. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des IWH; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A2**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Deutschland	24,7	-5,1	3,9	4,1	0,4	2,2	2,0	4,2	4,2	3,7
Frankreich	17,4	-8,0	5,5	3,5	0,5	1,7	1,4	8,0	7,9	7,9
Italien	12,8	-8,9	4,9	4,5	-0,2	1,4	1,1	9,3	10,3	10,0
Spanien	8,9	-10,9	6,1	6,4	-0,3	1,6	1,0	15,5	15,0	14,0
Niederlande	5,8	-3,7	2,4	3,3	1,1	1,8	1,3	3,8	3,4	3,0
Belgien	3,4	-6,3	5,3	3,7	0,4	1,8	1,2	5,6	5,6	5,3
Österreich	2,8	-6,4	2,0	4,8	1,4	2,0	1,9	5,4	5,6	5,0
Irland	2,5	2,6	10,6	3,4	-0,5	1,4	1,5	5,7	5,5	4,7
Finnland	1,7	-2,7	1,1	2,5	0,4	1,6	0,7	7,7	7,9	7,4
Portugal	1,5	-7,6	2,5	6,7	-0,1	0,1	0,7	7,1	6,6	6,1
Griechenland	1,3	-7,8	5,8	5,1	-1,3	-0,5	0,5	16,4	17,9	15,7
Slowakei	0,7	-5,1	4,9	5,1	2,0	1,7	1,4	6,7	7,0	5,9
Luxemburg	0,5	-1,3	5,8	2,4	0,0	2,2	1,6	6,8	6,6	6,0
Litauen	0,3	-0,8	4,7	3,6	1,1	2,4	1,8	8,5	8,0	7,1
Slowenien	0,3	-6,1	5,7	4,3	-0,3	1,1	1,4	5,0	4,8	4,1
Lettland	0,2	-3,6	3,2	6,0	0,1	1,4	1,1	8,1	7,9	6,2
Estland	0,2	-2,6	7,8	3,4	-0,6	1,7	1,0	6,8	5,8	3,9
Zypern	0,2	-5,1	5,1	2,9	-1,1	1,2	1,1	7,6	7,2	6,3
Malta	0,1	-7,6	7,3	5,6	0,8	0,6	1,4	4,3	3,9	3,7
Euroraum insgesamt	85,5	-6,7	4,7	4,2	0,3	1,7	1,5	8,0	8,1	7,6
Euroraum ohne Deutschland	60,8	-7,2	5,0	4,3	0,2	1,5	1,2	8,7	8,8	8,4
Polen	3,8	-2,7	4,3	5,1	3,7	4,7	3,5	3,2	3,1	3,0
Schweden	3,4	-2,9	4,0	3,0	0,7	2,4	1,7	8,3	8,0	7,0
Dänemark	2,2	-2,7	2,5	3,2	0,3	1,1	1,2	5,7	5,3	5,0
Tschechien	1,6	-5,6	3,8	4,3	3,3	2,5	2,2	2,6	2,9	2,3
Rumänien	1,6	-3,7	7,3	3,8	2,4	2,9	2,2	5,0	5,2	4,5
Ungarn	1,0	-5,1	5,9	3,7	3,4	4,5	4,0	4,1	3,7	3,0
Bulgarien	0,4	-3,8	5,5	3,6	1,2	1,6	1,6	5,1	4,4	4,0
Kroatien	0,4	-7,7	8,4	3,7	0,0	1,7	1,1	7,6	6,1	4,4
MOE-Länder ⁴	10,7	-3,9	5,2	4,5	2,7	3,3	2,6	4,4	4,3	3,7
EU 27 ⁵	100,0	-6,2	4,7	4,2	0,5	1,9	1,6	7,2	7,2	6,7

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2021**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Frühjahrsprognose 2021		IWH Sommerprognose 2021		Prognosekorrektur für 2021	
	Prognosewerte für 2021		Prognosewerte für 2021		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	2,3	2,2	3,8	3,6	1,5	1,4
Privater Konsum	-1,7	-0,9	2,4	1,3	4,1	2,2
Staatlicher Konsum	1,9	0,4	1,2	0,3	-0,7	-0,1
Bauten	0,8	0,1	4,4	0,5	3,6	0,4
Ausrüstungen	7,9	0,5	11,4	0,7	3,5	0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	2,3	0,1	0,2	0,0	-2,1	-0,1
Vorratsveränderungen	-	1,9	-	0,8	-	-1,1
Außenbeitrag	-	1,5	-	0,3	-	-1,2
Ausfuhr	10,8	4,7	11,1	4,9	0,3	0,2
Einfuhr	8,5	-3,2	12,0	-4,6	3,5	-1,4
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,7	3,9	3,9	0,2	0,2
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	5,8	-	6,5	-	0,7	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	4,6	-	4,7	-	0,1	-
Welthandel	7,5	-	10,5	-	3,0	-
Verbraucherpreise	1,9	-	1,7	-	-0,2	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-2,2	-11,5	11,2	-2,3	-5,4	3,4	8,2	3,3	0,0	0,2	0,2	0,3
öffentlicher Konsum	1,1	1,3	1,0	0,1	0,2	0,5	-0,1	-0,9	0,1	0,3	0,4	0,4
Bauten	4,3	-4,3	-1,3	3,7	1,1	0,7	2,1	1,2	0,6	0,5	0,4	0,4
Ausrüstungen	-6,8	-15,1	15,9	1,9	-0,2	5,5	3,5	1,8	1,2	0,9	0,6	0,6
sonstige Anlagen	-2,5	0,2	0,9	0,1	-1,6	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ²	0,1	-0,1	-1,9	0,5	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-1,0	-7,6	5,1	-0,2	-1,3	5,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4
Außenbeitrag ²	-1,1	-2,4	3,8	0,7	-0,6	-0,2	-0,8	-0,3	0,1	-0,1	0,0	0,0
Exporte	-3,3	-20,4	17,9	4,4	1,8	2,2	2,3	1,9	1,7	1,3	1,2	1,0
Importe	-1,1	-16,9	9,2	3,3	3,8	3,1	4,6	3,0	1,7	1,6	1,3	1,1
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,7	0,5	-1,8	2,0	3,7	1,4	0,3	0,3	0,3	0,3

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

in Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
Konsumausgaben	1,4	-2,4	1,5	3,7
private Konsumausgaben	0,8	-3,1	1,3	3,7
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,8	0,3	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,6	1,3	0,9
Bauten	0,4	0,3	0,5	0,4
Ausrüstungen	0,0	-0,8	0,7	0,4
sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderung	-0,7	-0,9	0,8	0,0
inländische Verwendung	1,2	-3,8	3,6	4,7
Außenbeitrag	-0,6	-0,9	0,3	-0,7
Exporte	0,5	-4,4	4,9	3,1
Importe	-1,1	3,5	-4,6	-3,8
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-4,8	3,9	4,0

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
statistischer Überhang ¹	0,2	0,0	2,0	3,4
Jahresverlaufsrate ²	0,4	-3,3	5,3	1,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,6	-5,1	3,9	4,1
Kalendereffekt ³	0,0	0,4	0,0	-0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	0,6	-4,8	3,9	4,0

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A9**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2020 und 2021**

	2020	2021	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	40 806	41 067	261	0,6
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 579	34 025	446	1,3
Geförderte ²	126	124	-2	-1,6
nicht geförderte	33 453	33 901	448	1,3
ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 289	4 117	-172	-4,0
sonstige	2 938	2 925	-13	-0,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 012	3 885	-127	-3,2
geförderte Selbstständige	21	20	-1	-4,8
nicht geförderte Selbstständige	3 991	3 865	-126	-3,2
Erwerbstätige (Inland)	44 818	44 952	134	0,3
staatlich subventionierte Erwerbstätige	3 083	1 797	-1 286	-41,7
geförderte Erwerbstätige ³	147	144	-3	-2,0
Kurzarbeit	2 936	1 653	-1 283	-43,7
ungeförderte Erwerbstätigkeit	41 735	43 155	1 420	3,4
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen (Inland) in %	6,9	4,0		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung; Geförderte Selbstständigkeit.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	1,0	-9,4	11,1	6,7
Importe, real	2,6	-8,4	12,0	9,2
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	46,9	43,8	46,5	47,4
Importe, nominal	41,1	38,0	41,0	42,8
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	199,9	193,5	195,3	175,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
Anlageinvestitionen insgesamt	2,5	-2,7	5,7	4,2
Bauinvestitionen insgesamt	3,8	2,3	4,4	3,3
Wohnbauten	4,0	3,3	4,4	4,1
Nichtwohnbauten insgesamt	3,5	0,9	4,4	2,1
gewerbliche Bauten	2,5	-0,3	4,7	2,0
öffentliche Bauten	6,0	3,4	3,8	2,2
Ausrüstungen	0,5	-11,6	11,4	6,3
Sonstige Anlagen	2,7	-1,1	0,2	2,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
verfügbares Einkommen, nominal	3,0	0,7	3,9	2,4
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,6	-0,1	4,8	3,3
monetäre Sozialleistungen	4,5	7,9	2,6	-0,7
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	-0,8	-6,0	3,2	3,4
Sparen	2,2	49,7	-2,2	-36,8
private Konsumausgaben, nominal	2,9	-5,3	5,0	9,4
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,1	-0,7	3,3	5,2
Sparquote (in %)	10,9	16,2	15,2	9,4
Preisindex des privaten Konsums	1,3	0,7	2,5	1,9
private Konsumausgaben, real	1,6	-6,0	2,4	7,4

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

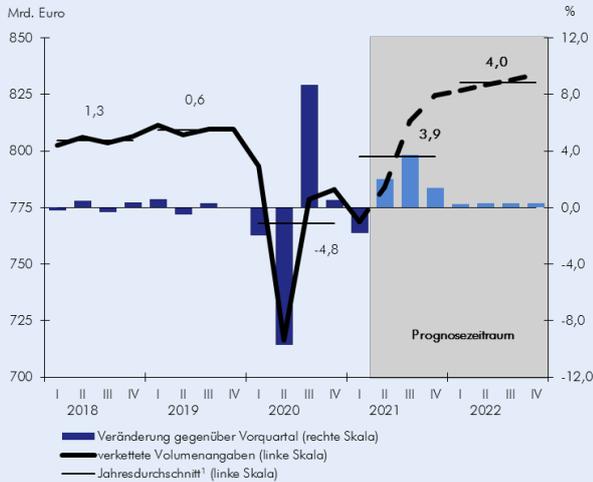
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2020				2021			
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,7	0,5	-1,8	2,0	3,7	1,4
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	-1,6	-10,3	8,3	0,5	-0,8	1,5	3,3	1,3
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-3,7	-17,1	13,3	6,0	0,0	0,3	3,0	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	-3,6	-18,6	14,4	6,6	0,4	-0,1	3,2	1,9
Energie- und Wasserversorgung	-3,9	-7,1	7,4	2,1	-2,4	2,6	1,4	1,4
Baugewerbe	4,1	-3,0	-3,0	9,1	-4,9	-0,5	1,0	0,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-1,1	-14,0	13,7	-2,3	-3,2	3,0	5,2	0,9
Information und Kommunikation	-2,1	-3,1	4,1	1,2	-1,1	0,6	1,7	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,3	-0,4	0,4	-1,6	1,3	0,6	1,3	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	-2,1	1,5	0,9	0,1	0,4	0,5	0,4
Unternehmensdienstleister	-1,8	-11,1	4,6	1,4	0,0	2,3	5,3	0,7
öffentliche Dienstleister	-1,4	-7,6	9,7	-3,9	-0,3	2,4	2,5	1,2
sonstige Dienstleister	-2,8	-18,0	18,1	-12,2	1,3	6,0	13,1	7,1

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

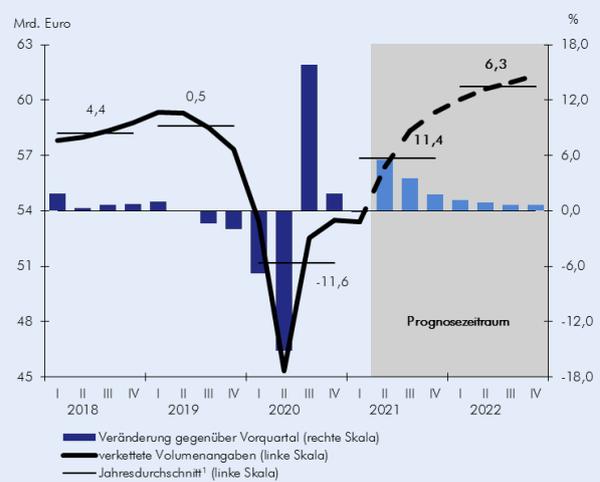
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



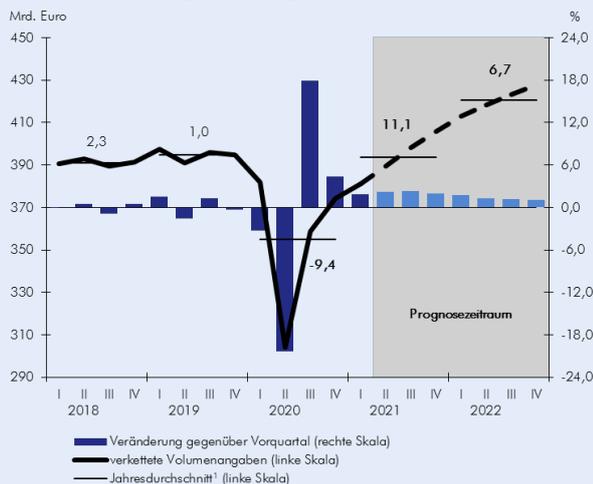
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A5
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



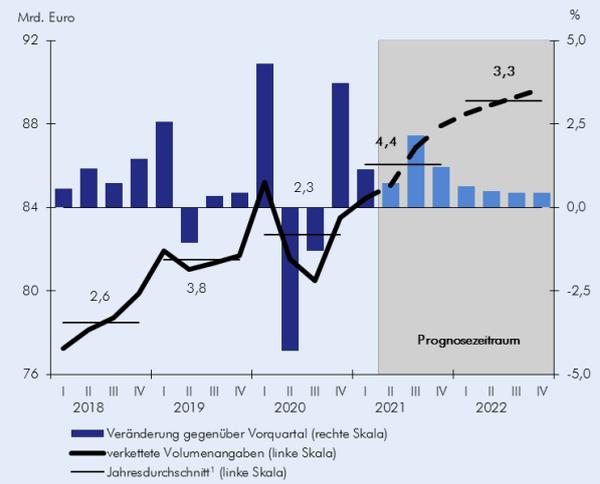
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A4
Reale Exporte
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

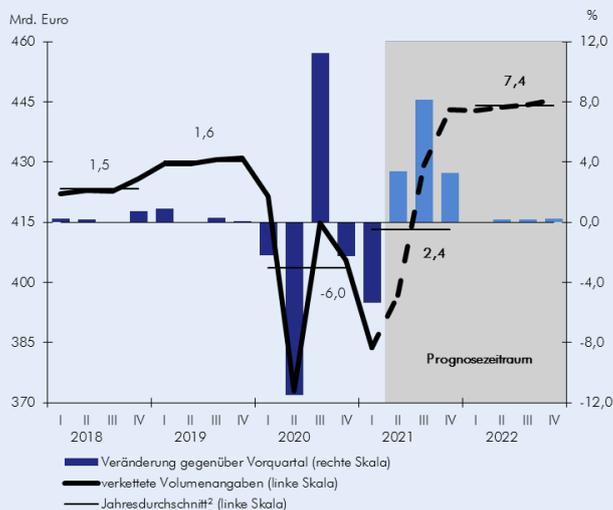
Abbildung A6
Reale Bauinvestitionen
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

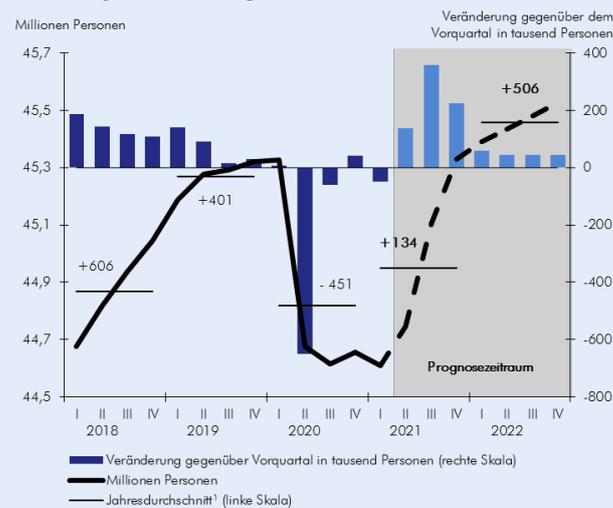


¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A14**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,6
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-9,0	-1,4
Erstes Familienentlastungsgesetz	-0,9	-0,4
Zweites Familienentlastungsgesetz	-3,8	-5,3
Fondstandortgesetz	-0,2	-0,3
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	0,0	0,2
Jahressteuergesetz 2019	-0,2	-0,2
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	1,0	0,3
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	-1,1	-0,1
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus	-0,1	-0,2
Änderung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	-0,2	-0,9
Änderungen bei der Tabaksteuer		1,2
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,2	0,1
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,4
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	7,4	1,6
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	0,1	-0,4
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,3% und zum 1. Januar 2022 um 1 Prozentpunkt auf 2,3%	3,3	11,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ⁴	-2,9	-1,3
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	-3,2	-1,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-0,5
Änderungen beim Wohngeld	-0,1	-0,0
Fluthilfemaßnahmen	-0,1	0,8
Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	-0,2	0,0
Klimapaket: Senkung EEG-Umlage	-5,4	-0,1
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2021	-3,2	0,0
Teilhabechancengesetz	0,0	0,2
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,1	-0,1
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	-0,1	-0,0
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	-0,5	-0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ³	-0,2	-0,1
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte/Anpassung des aktuellen Rentenwerts Ost	-0,6	-0,5
Grundrente	-0,3	-1,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,2	-0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,2	-0,1
Terminservice- und Versorgungsgesetz	-0,5	-0,0
Konjunktur- und Zukunftspaket	-34,0	40,0
darunter: Überbrückungshilfen I, II und III	-25,0	30,0
temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze	14,0	3,0
Stabilisierung der EEG-Umlage	-5,4	3,0
degressive Abschreibung	-2,4	-3,5
Maßnahmen im Gesundheitswesen	-3,0	1,3
Sonstige Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie	-7,9	81,9
darunter: Soforthilfen	14,0	0,0
November- und Dezemberhilfen 2020	-20,0	24,0
Anschubhilfe	-10,0	10,0
Härtefallfonds	-1,5	1,5
Programm ‚Neustart Kultur‘	-1,2	1,0
Neustarthilfe für Solo-Selbständige	-2,0	2,0
Kinderbonus I + II	3,0	2,7
Reduzierter Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie	-2,2	-1,1
Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	-65,2	122,5
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-1,8	3,2

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler. – ⁶ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2020
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 021,3	2 029,1	359,4	632,8	–
2	– Abschreibungen	657,7	382,3	81,9	193,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 363,6	1 646,8	277,5	439,4	–193,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 841,6	1 319,8	283,7	238,1	13,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,8	16,8	0,3	9,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	67,4	46,4	0,1	20,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	562,6	356,6	–6,4	212,4	–206,8
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 843,6	–	–	1 843,6	11,4
9	– geleistete Subventionen	71,0	–	71,0	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	343,4	–	343,4	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	613,2	572,5	22,2	18,4	187,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	708,2	338,8	19,5	349,9	92,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 773,5	122,8	263,2	2 387,4	–288,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	418,6	76,4	–	342,2	9,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	428,0	–	428,0	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	742,1	–	–	742,1	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	743,0	135,1	607,1	0,9	2,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	662,1	68,2	593,0	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	654,4	–	–	654,4	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	359,2	190,2	82,6	86,5	59,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	308,3	171,4	24,1	112,8	110,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 725,3	94,5	646,8	1 983,9	–240,2
23	– Konsumausgaben	2 466,0	–	754,4	1 711,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	259,3	37,1	–107,6	329,7	–240,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	80,0	18,0	47,7	14,3	4,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	68,8	30,2	15,4	23,2	15,1
28	– Bruttoinvestitionen	676,7	360,9	92,3	223,4	–
29	+ Abschreibungen	657,7	382,3	81,9	193,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,0	0,5	–1,2	0,7	0,0
31	= Finanzierungssaldo	229,0	70,2	–149,2	308,0	–229,0
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 725,3	94,5	646,8	1 983,9	–240,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	472,9	–	472,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	472,9	–	–	472,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 725,3	94,5	173,9	2 456,9	–240,2
36	– Konsum ³	2 466,0	–	281,5	2 184,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	259,3	37,1	–107,6	329,7	–240,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 233,3	2 218,2	371,5	643,6	–
2	– Abschreibungen	679,9	395,6	84,9	199,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 553,4	1 822,6	286,7	444,1	–195,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 905,8	1 366,9	292,2	246,7	11,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	32,4	20,3	0,3	11,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	63,2	34,6	0,1	28,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	678,4	470,0	–5,7	214,1	–207,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 907,9	–	–	1 907,9	9,8
9	– geleistete Subventionen	80,6	–	80,6	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	372,5	–	372,5	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	694,7	656,0	20,5	18,1	167,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	774,2	394,1	14,9	365,2	87,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 957,7	208,1	280,5	2 469,1	–274,9
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	411,3	82,7	–	328,5	10,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	421,0	–	421,0	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	766,9	–	–	766,9	3,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	768,0	138,6	628,6	0,9	2,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	679,3	69,0	609,4	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	671,5	–	–	671,5	8,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	370,1	178,7	93,4	98,0	60,9
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	317,2	173,5	28,8	114,9	113,8
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 907,9	189,8	656,1	2 062,1	–225,1
23	– Konsumausgaben	2 586,2	–	789,1	1 797,1	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
25	= Sparen	321,7	132,1	–133,0	322,6	–225,1
26	– geleistete Vermögenstransfers	84,7	15,6	55,0	14,0	3,7
27	+ empfangene Vermögenstransfers	72,9	31,8	15,3	25,8	15,4
28	– Bruttoinvestitionen	776,5	440,1	95,1	241,4	–
29	+ Abschreibungen	679,9	395,6	84,9	199,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–0,1	0,3	–1,2	0,7	0,1
31	= Finanzierungssaldo	213,5	103,5	–181,7	291,8	–213,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 907,9	189,8	656,1	2 062,1	–225,1
33	– geleistete soziale Sachtransfers	496,9	–	496,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	496,9	–	–	496,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 907,9	189,8	159,2	2 559,0	–225,1
36	– Konsum ³	2 586,2	–	292,2	2 294,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,6	–	57,6	–
38	= Sparen	321,7	132,1	–133,0	322,6	–225,1

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 423,3	2 354,0	382,0	687,4	–
2	– Abschreibungen	712,1	418,9	87,4	205,7	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 711,3	1 935,0	294,6	481,7	–175,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 005,2	1 445,0	299,5	260,7	10,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,4	22,2	0,3	12,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	29,4	15,3	0,1	14,0	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	700,0	483,1	–5,2	222,1	–185,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 007,4	–	–	2 007,4	8,4
9	– geleistete Subventionen	45,1	–	45,1	–	5,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	403,1	–	403,1	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	725,9	688,1	19,0	18,9	149,0
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	820,5	427,8	15,8	376,9	54,4
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 160,0	222,9	349,6	2 587,5	–269,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	440,5	87,3	–	353,2	10,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	450,7	–	450,7	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	811,7	–	–	811,7	4,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	813,0	143,9	668,2	0,9	2,8
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	674,5	69,9	603,7	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	666,5	–	–	666,5	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	384,4	194,5	95,4	94,6	62,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	329,9	175,6	37,2	117,0	117,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 109,1	190,7	806,7	2 111,6	–218,7
23	– Konsumausgaben	2 773,0	–	807,5	1 965,5	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	= Sparen	336,1	133,0	–0,8	203,9	–218,7
26	– geleistete Vermögenstransfers	90,8	18,4	57,9	14,5	3,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	78,2	35,0	15,8	27,4	16,0
28	– Bruttoinvestitionen	829,4	471,7	98,9	258,8	–
29	+ Abschreibungen	712,1	418,9	87,4	205,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	0,0	0,5	–1,2	0,8	0,0
31	= Finanzierungssaldo	206,1	96,4	–53,2	162,9	–206,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 109,1	190,7	806,7	2 111,6	–218,7
33	– geleistete soziale Sachtransfers	507,3	–	507,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	507,3	–	–	507,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 109,1	190,7	299,4	2 618,9	–218,7
36	– Konsum ³	2 773,0	–	300,2	2 472,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	= Sparen	336,1	133,0	–0,8	203,9	–218,7

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2021 und 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A16

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	-1,0	0,3	1,1	-0,7	1,3	1,6	0,6
Arbeitsvolumen	-4,7	1,7	3,2	-0,6	3,8	6,2	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-3,8	1,4	2,1	0,1	2,5	4,5	-0,1
Produktivität ¹	0,0	2,2	0,7	3,5	1,0	0,6	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,8	3,9	4,0	2,9	4,9	6,8	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 466,0	2 586,2	2 773,0	1 217,6	1 368,6	1 356,5	1 416,4
private Haushalte ²	1 711,6	1 797,1	1 965,5	832,5	964,6	964,8	1 000,6
Staat	754,4	789,1	807,5	385,1	404,0	391,7	415,8
Anlageinvestitionen	738,4	798,0	847,5	374,4	423,5	406,5	441,0
Bauten	388,8	419,5	445,2	199,4	220,1	216,0	229,2
Ausrüstungen	215,1	241,9	259,7	110,8	131,1	123,3	136,4
sonstige Anlageinvestitionen	134,6	136,6	142,6	64,3	72,3	67,2	75,4
Vorratsveränderung ³	-61,7	-21,4	-18,1	-4,1	-17,4	-4,0	-14,1
inländische Verwendung	3 142,7	3 362,7	3 602,4	1 587,9	1 774,8	1 759,1	1 843,3
Außenbeitrag	193,5	195,3	175,0	115,7	79,6	98,0	77,0
Exporte	1 460,1	1 655,2	1 790,5	803,4	851,7	881,7	908,8
Importe	1 266,7	1 459,9	1 615,5	687,7	772,2	783,7	831,8
Bruttoinlandsprodukt	3 336,2	3 558,0	3 777,4	1 703,7	1 854,3	1 857,1	1 920,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	-1,8	4,9	7,2	1,8	7,8	11,4	3,5
private Haushalte ²	-5,3	5,0	9,4	0,0	9,7	15,9	3,7
Staat	7,1	4,6	2,3	5,9	3,4	1,7	2,9
Anlageinvestitionen	-1,3	8,1	6,2	6,0	9,9	8,6	4,1
Bauten	4,0	7,9	6,1	4,1	11,6	8,4	4,1
Ausrüstungen	-10,4	12,5	7,4	13,0	12,0	11,3	4,0
sonstige Anlageinvestitionen	0,3	1,5	4,4	1,1	1,8	4,5	4,3
Inländische Verwendung	-3,3	7,0	7,1	3,3	10,6	10,8	3,9
Exporte	-9,7	13,4	8,2	14,1	12,6	9,7	6,7
Importe	-10,6	15,3	10,7	10,6	19,7	14,0	7,7
Bruttoinlandsprodukt	-3,3	6,6	6,2	5,2	8,0	9,0	3,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	5,8	5,5	4,6	6,8	4,3	5,3	4,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 296,9	2 344,1	2 464,7	1 111,9	1 232,2	1 214,8	1 249,9
private Haushalte ²	1 616,6	1 656,1	1 778,4	769,5	886,7	875,8	902,6
Staat	679,2	687,1	687,5	341,3	345,9	339,5	348,0
Anlageinvestitionen	665,4	703,1	732,3	331,3	371,8	352,2	380,1
Bauten	332,2	346,8	358,4	165,9	180,9	174,6	183,8
Ausrüstungen	206,1	229,6	244,2	105,2	124,4	116,0	128,2
sonstige Anlageinvestitionen	124,9	125,2	128,6	59,2	66,0	60,8	67,8
inländische Verwendung	2 924,8	3 036,7	3 187,0	1 442,5	1 594,2	1 565,5	1 621,5
Exporte	1 426,3	1 584,9	1 690,8	772,7	812,2	836,2	854,6
Importe	1 274,6	1 427,6	1 559,6	675,8	751,8	759,1	800,5
Bruttoinlandsprodukt	3 078,3	3 198,8	3 326,6	1 540,3	1 658,4	1 645,8	1 680,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	-3,3	2,1	5,1	-0,6	4,6	9,3	1,4
private Haushalte ²	-6,0	2,4	7,4	-1,8	6,5	13,8	1,8
Staat	3,7	1,2	0,0	2,2	0,2	-0,5	0,6
Anlageinvestitionen	-2,7	5,7	4,2	4,4	6,8	6,3	2,2
Bauten	2,3	4,4	3,3	2,0	6,7	5,2	1,6
Ausrüstungen	-11,6	11,4	6,3	11,9	11,0	10,3	3,0
sonstige Anlageinvestitionen	-1,1	0,2	2,8	-0,2	0,6	2,8	2,8
inländische Verwendung	-4,1	3,8	5,0	0,6	7,0	8,5	1,7
Exporte	-9,4	11,1	6,7	12,5	9,8	8,2	5,2
Importe	-8,4	12,0	9,2	8,1	15,8	12,3	6,5
Bruttoinlandsprodukt	-4,8	3,9	4,0	2,9	4,9	6,8	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
private Konsumausgaben ²	0,7	2,5	1,9	1,9	3,0	1,8	1,9
Konsumausgaben des Staates	3,3	3,4	2,3	3,6	3,2	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	1,5	2,3	2,0	1,6	2,9	2,1	1,8
Bauten	1,7	3,3	2,7	2,0	4,6	3,0	2,5
Ausrüstungen	1,3	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0
Exporte	-0,4	2,0	1,4	1,4	2,6	1,4	1,4
Importe	-2,4	2,9	1,3	2,4	3,4	1,5	1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,6	2,1	2,2	3,0	2,0	2,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 387,4	2 469,1	2 587,5	1 207,5	1 261,6	1 274,4	1 313,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	332,0	346,7	365,0	167,6	179,1	178,2	186,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 511,5	1 561,2	1 642,4	732,4	828,7	777,4	865,0
übrige Primäreinkommen ⁴	543,9	561,2	580,2	307,4	253,7	318,9	261,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	386,1	488,6	572,5	191,4	297,2	257,0	315,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 773,5	2 957,7	3 160,0	1 398,9	1 558,8	1 531,4	1 628,6
Abschreibungen	657,7	679,9	712,1	338,6	341,4	354,0	358,1
Bruttonationaleinkommen	3 431,2	3 637,6	3 872,1	1 737,4	1 900,2	1 885,4	1 986,7
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 501,1	2 665,8	2 802,0	1 270,5	1 395,3	1 352,2	1 449,8
Arbeitnehmerentgelt	1 843,6	1 907,9	2 007,4	900,1	1 007,8	955,6	1 051,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657,5	757,9	794,6	370,5	387,4	396,7	398,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,5	3,4	4,8	2,1	4,8	5,5	4,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	4,4	5,3	3,8	5,0	6,3	4,3
Bruttolöhne und -gehälter	-0,7	3,3	5,2	1,6	4,8	6,1	4,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,0	2,7	3,9	2,0	3,2	4,2	3,7
übrige Primäreinkommen ⁴	-6,0	3,2	3,4	2,1	4,5	3,7	3,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-19,3	26,6	17,2	29,3	24,8	34,3	6,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,5	6,6	6,8	5,1	8,1	9,5	4,5
Abschreibungen	2,8	3,4	4,7	2,9	3,9	4,6	4,9
Bruttonationaleinkommen	-3,2	6,0	6,4	4,6	7,3	8,5	4,6
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	-2,5	6,6	5,1	6,4	6,8	6,4	3,9
Arbeitnehmerentgelt	-0,1	3,5	5,2	2,0	4,8	6,2	4,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-8,4	15,3	4,9	18,6	12,2	7,1	2,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 533,6	1 597,4	1 629,0	761,0	836,4	776,9	852,1
Nettolöhne und -gehälter	1 019,5	1 068,5	1 104,1	495,3	573,2	516,8	587,2
monetäre Sozialleistungen	654,4	671,5	666,5	336,5	335,1	329,2	337,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen.							
verbrauchsnahe Steuern	140,3	142,7	141,6	70,7	72,0	69,2	72,4
übrige Primäreinkommen ⁴	543,9	561,2	580,2	307,4	253,7	318,9	261,3
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-93,5	-96,5	-97,5	-47,5	-49,0	-48,0	-49,5
Verfügbares Einkommen	1 983,9	2 062,1	2 111,6	1 021,0	1 041,1	1 047,7	1 063,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,6	57,7	28,1	29,5	28,2	29,5
Konsumausgaben	1 711,6	1 797,1	1 965,5	832,5	964,6	964,8	1 000,6
Sparen	329,7	322,6	203,9	216,6	106,0	111,1	92,8
Sparquote (%) ⁶	16,2	15,2	9,4	20,6	9,9	10,3	8,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,8	4,2	2,0	3,7	4,5	2,1	1,9
Nettolöhne und -gehälter	-0,1	4,8	3,3	3,2	6,3	4,3	2,4
monetäre Sozialleistungen	7,9	2,6	-0,7	4,3	1,0	-2,2	0,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen.							
verbrauchsnahe Steuern	3,6	1,7	-0,7	2,3	1,0	-2,2	0,7
übrige Primäreinkommen ⁴	-6,0	3,2	3,4	2,1	4,5	3,7	3,0
Verfügbares Einkommen	0,7	3,9	2,4	3,4	4,5	2,6	2,2
Konsumausgaben	-5,3	5,0	9,4	0,0	9,7	15,9	3,7
Sparen	49,7	-2,2	-36,8	18,2	-27,6	-48,7	-12,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	771,4	793,5	853,8	383,5	410,0	428,6	425,2
Nettosozialbeiträge	607,1	628,6	668,2	303,2	325,4	322,5	345,7
Vermögenseinkommen	19,5	14,9	15,8	7,2	7,7	8,1	7,6
sonstige Transfers	24,1	28,8	37,2	10,9	17,9	15,0	22,2
Vermögenstransfers	15,4	15,3	15,8	6,9	8,4	7,1	8,7
Verkäufe	125,6	128,1	131,5	58,6	69,5	60,2	71,4
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 563,1	1 609,2	1 722,4	770,4	838,8	841,7	880,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	520,9	546,0	557,4	264,1	281,9	267,1	290,2
Arbeitnehmerentgelt	283,7	292,2	299,5	140,2	151,9	143,8	155,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	22,2	20,5	19,0	10,8	9,7	10,0	9,0
Subventionen	71,0	80,6	45,1	51,1	29,5	23,4	21,7
monetäre Sozialleistungen	593,0	609,4	603,7	305,5	303,9	297,9	305,8
sonstige laufende Transfers	82,6	93,4	95,4	45,1	48,3	46,1	49,2
Vermögenstransfers	47,7	55,0	57,9	21,5	33,5	23,1	34,8
Bruttoinvestitionen	92,3	95,1	98,9	41,2	53,8	42,8	56,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Insgesamt	1 712,3	1 791,0	1 775,6	879,1	911,9	853,7	922,0
Finanzierungssaldo	-149,2	-181,7	-53,2	-108,7	-73,1	-12,0	-41,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-6,7	2,9	7,6	-1,2	7,0	11,8	3,7
Nettosozialbeiträge	1,6	3,5	6,3	2,8	4,3	6,4	6,2
Vermögenseinkommen	-11,3	-23,7	6,1	-38,2	-2,3	13,3	-0,6
sonstige Transfers	-4,3	19,5	29,2	-2,4	38,6	37,3	24,2
Vermögenstransfers	11,7	-0,7	3,3	-1,5	0,0	3,1	3,5
Verkäufe	0,6	2,0	2,7	1,2	2,7	2,6	2,7
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	-2,9	2,9	7,0	-0,1	5,9	9,2	5,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,9	4,8	2,1	6,6	3,2	1,2	3,0
Arbeitnehmerentgelt	4,5	3,0	2,5	2,9	3,0	2,5	2,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-19,0	-7,7	-7,5	-8,0	-7,4	-7,5	-7,5
Subventionen	130,5	13,5	-44,1	37,0	-12,4	-54,2	-26,5
monetäre Sozialleistungen	8,7	2,8	-0,9	4,6	1,0	-2,5	0,6
sonstige laufende Transfers	11,3	13,1	2,1	13,1	13,2	2,2	2,0
Vermögenstransfers	16,3	15,4	5,2	22,0	11,6	7,4	3,8
Bruttoinvestitionen	7,2	2,9	4,0	0,5	4,9	3,7	4,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,9	4,6	-0,9	6,8	2,5	-2,9	1,1
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	-4,5	-5,1	-1,4	-6,4	-3,9	-0,6	-2,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2021: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Krisztina Papp @almapapi,
www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 9. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Juni 2021

ISSN 2195-8319